

Beschluss des Landrats vom 08.02.2024

Nr. 424

13. Steuern für Fahrräder 2023/583; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Rolf Blatter (FDP) merkt vorab an, dass eine Zeitung aus Basel dem Thema Aufmerksamkeit geschenkt habe. Viele Leute haben ihn deswegen angesprochen und haben sich teilweise auch etwas lustig gemacht. Dies kann man machen. In der gleichen Zeitung wurde heute Ruth Dreyfuss eine ganze Seite gewährt. Die restlichen fünf ehrwürdigen Bundesräte wurden hingegen beiseite gelassen. Rolf Blatter hält dies für kein tolles Beispiel guter Berichterstattung. Es erklärt aber, weshalb er seit bald zehn Jahren die Basler Zeitung nicht mehr abonniert hat.

Zum eigentlichen Thema: Es bezahlen alle Steuern und dies nicht zu knapp. Viele Leistungen des Staats sind in den Steuern enthalten wie beispielsweise Polizei, Sicherheit, Schulen etc. Bei der Mobilität verhält es sich hingegen anders. Mobilität wird nach dem Verursacherprinzip besteuert. Möchte jemand mit dem Zug von Basel nach Olten fahren, braucht er dafür ein Ticket. Möchte jemand mit dem Auto von Basel nach Olten, braucht er dafür Benzin. Fährt er hingegen mit dem Velo von Basel nach Olten, dann muss er nichts bezahlen, obwohl das Radroutennetz viel Geld gekostet hat. Rolf Blatter geht es um die Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmer. Es kann nicht sein, dass die einen für die genutzte Infrastruktur etwas bezahlen müssen und die anderen nicht. Zumal es nicht einmal bei den Velos einheitlich ist. Die E-Velos mit den gelben Nummernschildern bezahlen heute auch Steuern, was unbestritten ist. Alle anderen Velos bezahlen nichts. Der Vorstoss ist auch vor dem Hintergrund entstanden, dass es immer mehr Velos gibt und in der Bau- und Planungskommission immer wieder das Thema Radroutennetz auf dem Tisch liegt. Der Landrat hat auch schon viel Geld gesprochen für das Radroutennetz. Die letzte Tranche zur Vervollständigung des Netzes betrug knapp CHF 25 Mio. Das ganze Radroutennetz hat wohl rund CHF 150 Mio. gekostet, wovon viele Abschnitte exklusiv von Velos genutzt werden dürfen. Leider werden viele dieser Abschnitte nur sehr wenig genutzt. Gemeinsam mit Alt-Landratspräsident Hannes Schweizer besichtigte die Bau- und Planungskommission einmal Velowege, weil sogar die Bevölkerung der Meinung war, dass es sich um Luxusfahrwege für Velos handle. Zum Beispiel zwischen Allschwil und Oberwil wurde für viel Geld ein Veloweg zum Gymnasium gebaut. Rolf Blatter fährt da zwar nicht täglich durch, aber dennoch hat er noch nie einen Velofahrer auf diesem Abschnitt gesehen. Das gleiche Bild zeigt sich zwischen Bubendorf und Ziefen bis zur Abzweigung Arboldswil, wo es neben der Strasse einen eigenen Veloweg gibt. Auch zwischen Thürnen und Buckten fährt nie ein Velo auf den gebauten 10 km Radweg.

Der Regierungsrat möchte den Vorstoss entgegennehmen und abschreiben. Er geht jedoch nur mit einem Punkt auf das Anliegen des Postulats – die Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer – ein. Der Regierungsrat schreibt, dass die Administration für eine solche Besteuerung teuer sein könnte. Das ist wahrscheinlich so. Aber die Administration für andere Steuern ist ebenfalls aufwendig und wenn der Staat Steuern einsacken kann, dann macht er dies unabhängig vom Aufwand. Weiter erwähnt der Regierungsrat CO₂ und gesundheitspolitische Massnahmen – dies hat mit dem Anliegen von Rolf Blatter aber gar nichts zu tun. Auf die Tatsache, dass die schnellen E-Bikes bereits besteuert werden, geht der Regierungsrat überhaupt nicht ein. Rolf Blatter ist der Meinung, dass mit dem Vorstoss eine fehlerhafte Steuergesetzregulation korrigiert werden können.

Die FDP-Fraktion – hiermit ist er nun nicht mehr Postulant, sondern Fraktionssprecher – hat den

Vorstoss länger diskutiert. Die Fraktion unterstützt die Überweisung mehrheitlich, zur Abschreibung wird er sich in einem zweiten Votum noch äussern.

Roman Brunner (SP) ist es ein Rätsel, weshalb der Regierungsrat den Vorstoss überhaupt entgegennehmen möchte. Er glaubt nicht, dass Andi Dürr – oder Balz Stückelberger in Vertretung von Andi Dürr – als derjenige FDP-Fraktionspräsident in die Geschichte eingehen möchte, der eine neue Steuer eingeführt hat. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion nicht gegen Steuern. Der Staat braucht Geld, um seine Aufgaben wahrnehmen zu können. Hiermit wird aber über das Ziel hinausgeschossen. Es handelt sich um eine Infrastrukturaufgabe, die problemlos mit den ordentlichen Staatssteuern bewältigt werden kann. Es gibt aber auch noch andere Gründe, weshalb es die Steuer nicht braucht, und die führt der Regierungsrat in seiner Begründung auf. Dies ist einerseits ein juristischer Grund: Das Schweizerische Strassenverkehrsrecht sieht keine Immatrikulation von Velos vor. Eine Immatrikulation wäre sehr schwierig und könnte nur mit einem hohen bürokratischen Aufwand kontrolliert werden. Man denke schon nur an die Kantons- und Landesgrenzen: Was wäre die Handhabe, wenn jemand von Weil am Rhein mit dem Velo nach Liestal fährt? Wäre dieser Velofahrer steuerpflichtig? Zudem sprechen gesundheits- und klimapolitische Argumente gegen eine Einführung. Bewegung und Bewegungsförderung werden die Gesellschaft auch in Zukunft beschäftigen. Gleichzeitig tragen Velos etwas zum Klimaschutz bei, da sie im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln die Emissionen verringern. Das Argument von Rolf Blatter, dass jene die Infrastruktur bezahlen sollen, die sie benutzen, ist zwar bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar. Irgendwo hat es aber eine Grenze. So werden auch keine Steuern bei den Nutzerinnen und Nutzern von Wanderwegen erhoben, obwohl der Unterhalt dieser Wege sehr viel Arbeit verursacht. Es sollte vernünftige Politik gemacht werden. Die Velosteuer ist eine freisinnige Schnapsidee und die Überweisung wird abgelehnt.

Markus Brunner (SVP) führt aus, in der SVP-Fraktion sei der Vorstoss kontrovers diskutiert worden und es gebe keine einhellige Meinung. Eine Mehrheit wird aber gegen Abschreibung votieren, da der Vorstoss ein Konzept verlangt, das aber noch nicht ersichtlich ist. Vielmehr zählt der Regierungsrat einfach zahlreiche negative Punkte auf.

Marco Agostini (Grüne) stellt fest, Rolf Blatter habe alles gesagt. Die Grüne/EVP-Fraktion lehne deshalb den Vorstoss ab. [*Heiterkeit*]

Andreas Bammatter (SP) hält zuhanden des Protokolls Folgendes fest: Sein Göttibueb wohnt in Allschwil und besuchte das Gymnasium Oberwil. Gemeinsam mit seinem Vater, einem FDP-Mitglied, hatte er im Einwohnerrat einen Vorstoss gemacht für eine Veloroute. Somit kann davon ausgegangen werden, dass die Schülerinnen und Schüler aus Allschwil, die das Gymnasium Oberwil besuchen, täglich mindestens einmal den Veloweg in beide Richtungen nutzen. Andreas Bammatter nutzt den Weg auch regelmässig und kann Rolf Blatter gerne dabei behilflich sein, wenn er auch einmal jemanden sehen möchte, der diesen Weg nutzt.

Jan Kirchmayr (SP) glaubt, dass ein Landratsmitglied auch einmal mit Gegenwind aus den Medien klarkommen sollte. Bei Verkehrszählungen verlässt er sich grundsätzlich auf die offiziellen Zählstellen des Kantons. Er versteht zudem den Velohass nicht so ganz, der teilweise geschürt wird. Anscheinend möchte die andere Seite nur Steuern senken oder abschaffen, wenn dies der eigenen Klientel dient. Hier besteht etwas der Eindruck, dass der Kompass verloren ging. Jan Kirchmayr hat nämlich in den letzten Wochen von vielen Freisinnigen und freisinnigen Wählerinnen und Wählern die Rückmeldung erhalten, dass sie selber häufig mit dem Velo unterwegs sind und diesen Vorstoss aus der freisinnigen Küche überhaupt nicht nachvollziehen können. Das Ganze müsste auch noch weitergedacht werden: Müsste ein Primarschüler, der mit dem Velo zur

Schule fährt, respektive dessen Eltern dafür auch noch Steuern bezahlen? Und wenn dann plötzlich alle zu Fuss gehen anstatt das Velo zu nehmen? Würde dann eine Steuer für Fussgängerinnen und Fussgänger verlangt? Mit dem Vorstoss würde eine absurde Steuer eingeführt und ein Bürokratiemonster geschaffen. Jan Kirchmayr bittet um Ablehnung des Vorstosses.

Silvio Fareri (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion unterstütze den Antrag des Regierungsrats auf Überweisung und Abschreibung. Sie sieht vor allem bei der Umsetzung Schwierigkeiten. Roman Brunner hatte bereits auf Kantons- und Landesgrenzen verwiesen.

Margareta Bringold (GLP) hält fest, auch die GLP-Fraktion sei für Überweisen und Abschreiben. Was sagt eigentlich die Liga der Baselbieter Steuerzahler zum Vorschlag der FDP, eine neue Steuer einzuführen? Margareta Bringold musste lachen, als sie den Vorstoss gesehen hatte. Aus verwaltungsökonomischer Sicht ist es ein Witz. Der Verwaltungsaufwand wäre für die relativ kleine Steuer viel zu gross. Es bräuchte noch mehr Staatspersonal für nur einen kleinen Ertrag. Es wäre sinnvoller, die Kosten für die Veloinfrastruktur mit den allgemeinen Steuereinnahmen zu tragen.

Balz Stückelberger (FDP) darf – bevor sich alle Sorgen um den Kompass der FDP machen – noch die Meinung der Fraktion bekannt geben: Der Vorstoss von Rolf Blatter hat schon wahnsinnig viel erreicht, indem im Vorfeld zu einer interessanten Frage eine grosse Diskussion stattgefunden hat. Die Mitglieder der FDP-Fraktion sind weder Velohasser und -hasserinnen noch Steuererhöherinnen und -erhöher. Die FDP ist die Partei der Meinungsvielfalt. Zudem handelt es sich beim Vorstoss um eine durchaus berechnete Frage der Strassenfinanzierung und -benutzung, die nun diskutiert werden konnte. Eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion wird der Abschreibung zustimmen.

Rolf Blatter (FDP) hatte vor kurzem einen Vorstoss eingegeben, dass der Regierungsrat die Strassenrechnung offenlegen sollte. Es hiess dann, die Strassenrechnung sei positiv, aber die Zahlen dazu fehlten leider. Früher gab es eine Velovignette. Diese hatte aber mit den Steuern nichts zu tun, sondern mit der Versicherung. Auch wenn jetzt eine solche Steuer eingeführt würde, wäre das Velofahren nicht verboten. Die Kinder dürften nach wie vor mit dem Velo zur Schule, einfach nicht ganz gratis, weil letztlich eine Leistung des Staates bezogen wird. Zu Roman Brunners Argument, dass dies problemlos über die allgemeinen Steuern finanziert werden könne: Teilweise wird über viel kleinere Beträge gestritten. Rolf Blatter hatte im Übrigen keine genaue Ausgestaltung vorgeschlagen, sondern den Regierungsrat gebeten, ein Konzept auszuarbeiten, wie die Velofahrer dazu eingeladen werden können, an den Infrastrukturkosten zu partizipieren. Ein solches Konzept liegt noch nicht vor. Die FDP-Fraktion stimmt grossmehrheitlich – mit einer Ausnahme – der Abschreibung zu.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, weshalb der Regierungsrat das Postulat entgegennehme: Es handelt sich um ein aktuelles Thema. Der Regierungsrat ist zudem so schnell wie ein Velo, hat deshalb den Vorstoss mit seiner Stellungnahme schon fast beantwortet und beantragt deshalb auch die Abschreibung. Die Ausgangslage ist klar. Es bräuchte eine Verfassungsrevision und die Vor- und Nachteile sind in der Stellungnahme des Regierungsrats ersichtlich. Ein Konzept besteht keines – das ist richtig. Der Regierungsrat wollte in der Kürze jedoch auch keins erstellen, da es als nicht notwendig erachtet wird, das Anliegen weiterzuverfolgen. Eine Strassenrechnung besteht und diese wurde auch von der FHNW überprüft. Vielleicht sollte dieser Thematik wieder einmal nachgegangen werden. Das Ziel ist aber, dass mit der Strassenverkehrssteuer eine ausgeglichene Strassenrechnung besteht.

://: Mit 44:33 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.
